

Alexandra Wirtz

Wohnstandorte für Flüchtlinge



Chancen und Risiken von Mediationsverfahren
für die Auswahl von Wohnstandorten



Wirtz, Alexandra: Wohnstandorte für Flüchtlinge. Chancen und Risiken von Mediationsverfahren für die Auswahl von Wohnstandorten, Hamburg, Diplomica Verlag GmbH 2016

Buch-ISBN: 978-3-95934-957-4

PDF-eBook-ISBN: 978-3-95934-457-9

Druck/Herstellung: Diplomica® Verlag GmbH, Hamburg, 2016

Covermotiv: © rexandpan – fotolia.com

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden und die Diplomica Verlag GmbH, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

Alle Rechte vorbehalten

© Diplomica Verlag GmbH

Hermannstal 119k, 22119 Hamburg

<http://www.diplomica-verlag.de>, Hamburg 2016

Printed in Germany

Inhaltsverzeichnis

A. Einleitung: Aufgaben- und Themenbeschreibung	11
B. Charakteristika von Mediationsverfahren im öffentlichen Bereich (Theorie).....	13
I. Allgemeine Prinzipien der Mediation	14
1. Einvernehmliche Konfliktbeilegung.....	14
2. Selbstverantwortlichkeit der Beteiligten	15
3. Prinzip der Informiertheit	15
4. Vertraulichkeit	17
5. Freiwilligkeit	18
6. Ergebnisoffenheit des Mediationsverfahrens	19
7. Fehlende Entscheidungsbefugnis des Mediators.....	19
8. Leitung des Mediationsverfahrens.....	19
9. Neutralität des Mediators.....	20
II. Besonderheiten bei Mediationen im öffentlichen Bereich.....	21
1. Vielparteienkonflikt.....	22
2. Interessenvertretung durch Repräsentanten.....	23
3. Komplexität der Konflikte.....	25
4. Verbindlichkeit der Ergebnisse	26
5. Ergebnisoffenheit.....	26
6. Vertraulichkeit versus Öffentlichkeit	27
7. Machtungleichgewichte.....	28
8. Rolle des Mediators	29
9. Ablauf eines Mediationsverfahrens im öffentlichen Bereich	31
a) Vorbereitungsphase	31
b) Durchführungsphase.....	32
c) Abschluss- und Implementationsphase	33
C. Darstellung der durchgeführten Verfahren (Praxis).....	35
I. Herangehensweise an die Darstellung der Verfahren	35
1. Auswahl des Themas	35
2. Auswertung der Unterlagen und Interviews.....	35
II. Ausgangssituation vor dem Beginn des 1. Mediationsverfahrens ..	36
III. Darstellung des Mediationsverfahrens aus dem Jahr 2000 / 2001 ..	39
1. Vorbereitungsphase	39
a) Konfliktanalyse.....	39
b) Organisatorische und verfahrensrechtliche Abstimmungen.....	40

2.	Durchführungsphase.....	41
a)	Einführung.....	41
b)	Zielvereinbarung.....	41
c)	Erarbeitung von objektiven Kriterien.....	42
d)	Konkretisierung der Kriterien.....	42
e)	Gewichtung der Kriterien.....	42
3.	Abschluss- und Implementationsphase.....	43
a)	Vereinbarung von Ergebnissen.....	43
b)	Entscheidung der politischen Gremien.....	44
c)	Fortsetzung des Mediationsprozesses.....	45
4.	Post-Mediationsphase.....	46
5.	Wesentliche Merkmale des Verfahrens.....	48
IV.	Darstellung des Mediationsverfahrens aus dem Jahr 2014.....	50
1.	Vorbereitungsphase für den Mediationsprozess.....	50
a)	Konfliktanalyse.....	51
b)	Organisatorische und verfahrensrechtliche Abstimmungen.....	51
2.	Durchführungsphase.....	52
a)	Einführung und Zielvereinbarung.....	52
b)	Bewertung der Standorte in Arbeitsgruppen.....	54
c)	Festlegen einer Rangfolge im Gesamtplenium.....	56
3.	Abschluss- und Implementationsphase.....	59
a)	Unterstützung bei der Umsetzung der Ergebnisse.....	59
b)	Vereinbarungen.....	59
c)	Entscheidung der politischen Gremien.....	60
4.	Post-Mediationsphase.....	62
a)	Gründung von Bürgerinitiativen im Stadtbezirk Münster-Mitte.....	62
b)	Bürgerversammlung in Münster-Mitte.....	63
c)	Reaktionen an dem Standort in Münster-Ost, Willingrott.....	64
d)	Umsetzung der Planung.....	64
5.	Wesentliche Merkmale des Verfahrens.....	65
D.	Analyse der durchgeführten Verfahren.....	67
I.	Kriterien für Mediationsverfahren im öffentlichen Bereich.....	67
1.	Abgrenzung von anderen Mediationsfeldern.....	68
2.	Teilnahme von Vertretern der Politik und Verwaltung.....	69
3.	Weitere Kriterien.....	69
4.	Beteiligung aller wesentlichen Konfliktbeteiligten.....	70

II.	Analyse der Phasenstruktur der Mediationsverfahren	71
1.	Vorbereitungsphase	71
2.	Durchführungsphase	73
3.	Abschluss- und Implementationsphase	74
III.	Verhandlungsansätze	74
1.	Sachbezogenes Verhandeln	74
2.	Transformationsansatz	77
3.	Moderation	78
IV.	Umgang der Politik und der Verwaltung mit den Ergebnissen der Verfahren	80
V.	Einbindung der Öffentlichkeit in die Verfahren	80
VI.	Chancen und Risiken bei der Durchführung von Mediationsverfahren	81
1.	Aus Sicht der Politik und Verwaltung	81
a)	Chancen	81
b)	Nachteile	81
2.	Aus der Sicht der Öffentlichkeit	82
a)	Chancen	82
b)	Risiken	82
E.	Zusammenfassung und Ausblick	83
F.	Literaturverzeichnis	85

Abkürzungsverzeichnis

BauGB	Baugesetzbuch
BI	Bürgerinitiative
BV	Bezirksvertretungen
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
ders.	derselbe
dies.	dieselbe
ebd.	ebenda
etc.	et cetera
e. V.	eingetragener Verein
FamG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angele- genheiten der freiwilligen Gerichts- barkeit
Hrsg.	Herausgeber
ISSAB	Institut für stadtteilbezogene Arbeit und Beratung, Universität GH Essen
GO NRW	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
MediationsG	Mediationsgesetz
Vgl.	Vergleiche
z. B.	zum Beispiel

A. Einleitung: Aufgaben- und Themenbeschreibung

Die Unterbringung von Flüchtlingen war und ist aktuell ein Thema, das viele Städte und Gemeinden sehr beschäftigt. Ende der 90' Jahre sind viele Flüchtlinge durch den Balkankrieg nach Deutschland gekommen und mussten kurzfristig untergebracht werden. In dieser Zeit kamen in Münster bis zu 50 Flüchtlinge täglich an und viele Unterkünfte waren überfüllt. Die Unterbringung von meist mehr als 200 Personen in einer Einrichtung bedeutete für die geflüchteten Menschen aber auch die angrenzenden Anwohner eine erhebliche Belastung und es kam zu vielen Konflikten in den betroffenen Stadtteilen. Nachdem die 'Flüchtlingswelle' zwischenzeitlich einige Jahre deutlich gesunken war, nimmt seit ca. 2-3 Jahren die Zahl der Flüchtlinge durch die vielen Krisenherde in der Welt wieder erheblich zu. Die Stadt Münster hat daher in den Jahren 2000 / 2001 sowie 2014 Mediationsverfahren durchgeführt, um zukünftige, dauerhafte Wohnstandorte für Flüchtlinge nach verschiedenen Kriterien als geeignet oder weniger geeignet zu ermitteln. In weiteren Verfahren hat sie zudem Standards und Kriterien für eine Integration von Flüchtlingen entwickelt, diese sind jedoch nicht Gegenstand der nachfolgenden Studie.

Das Ziel der Untersuchung liegt zum einen darin festzustellen, ob die durchgeführten Verfahren dem öffentlichen Bereich zugeordnet werden können. Zum anderen soll dargestellt werden, welche Chancen und Risiken bei der Durchführung von Mediationsverfahren für die Auswahl von dauerhaften Wohnstandorten für Flüchtlinge bestehen. Die Studie geht daher zunächst der Frage nach, welche charakteristischen Merkmale Mediationsverfahren grundsätzlich und insbesondere im öffentlichen Bereich aufweisen (B.) und stellt anschließend den Ablauf der in den Jahren 2000 / 2001 sowie 2014 durchgeführten Verfahren mit einer Herausarbeitung der wesentlichen Prinzipien dar (C.). Im Anschluss daran erfolgt die Analyse (D.), ob die durchgeführten Verfahren dem öffentlichen Bereich zugeordnet werden können, wie die Politik und die Verwaltung mit den Ergebnissen aus den Verfahren umgegangen sind und wie die Öffentlichkeit eingebunden wurde, sowie welche Chancen und Risiken bei einer Durchführung von Mediationsverfahren für die Auswahl von Wohnstandorten für Flüchtlinge bestehen. Eine Zusammenfassung und ein Ausblick (E.) stellt den Abschluss der Studie dar.